



JHA

über die
4. Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am Dienstag, dem 25.11.2008
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 17:05 Uhr
Ende: 18:05 Uhr

Anwesend

SPD

Frau Marion Dyduch
Frau Renate Jung
Herr Heiko Klanke
Frau Ursula Müller

CDU

Herr Wilhelm Kemna
Herr Franz Hugo Weber

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Frau Alexandra Möller

Stimmberechtigtes Mitglied gem. § 71 Abs. 1 Ziffer 1 SGB VIII
Herr Detlef Maidorn

Stimmberechtigte Mitglieder gem. § 71 Abs. 1 Ziffer 2 SGB VIII
Frau Susanne Hartmann
Herr Martin Kusber
Frau Heike Schlickhoff
Frau Svenja Schnober
Herr Jörg Theis

Beratende Mitglieder gem. § 5 Abs. 3 AG-KJHG
Herr Reiner Brüggemann
Herr Frank Ibrom
Herr Kunibert-Josef Kampmann
Herr Ludger Krampe
Herr Gerhard Peske
Herr Kurt Reinholz
Herr Herbert Ritter

Beratende Mitglieder gem. § 4 Abs. 3 Buchst. k der Satzung für das Jugendamt

Herr Peter Büchel

Herr Hans-Peter Kaminski

Verwaltung

Herr Jürgen Dunker

Herr Johannes Gibbels

Frau Janine Klösener

Entschuldigt fehlten

Herr Kai Brumberg

Herr Ralf Hinterseer

Frau Gabriele Jäger

Frau Gabriele Keutgen-Bartosch

Frau Dr. Gabriele Krumme

Herr Thomas Kurschilgen

Frau Annette Mann

Frau Gertrud Sändker

Frau Ina Scharrenbach

Herr Carsten Scheunemann

Herr Martin Wiegemann

Die Ausschussvorsitzende, Frau **Dyduch**, begrüßte die Ausschussmitglieder, die Mitarbeiter der Verwaltung sowie die Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Änderungen der Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einschätzung zur Entwicklung der Betreuung in Tageseinrichtungen	105/2008
2	Gemeinsame Richtlinien der Jugendämter des Kreises Unna für Leistungen gem. §§ 22 und 23 SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz)	
3	Produkthaushalt für das Jahr 2009 Produkte: 31.03.03 36.01.01 36.02.01 36.03.01	
4	Entwicklung im Bereich der Fremdunterbringungen	
5	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einschätzung zur Entwicklung der Betreuung in Tageseinrichtungen

Herr **Dunker** berichtete von der am 29.10.2008 durchgeführten Trägerkonferenz.

Neben der Betreuungssituation der 3- bis 6-Jährigen in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege sowie der Entwicklung der unter-3-Jährigen-Betreuung wurde über die daraus resultierende Kostensteigerung und Kostenentwicklung berichtet. In diesem Zusammenhang wurde auf den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Kinder ab dem zweiten Lebensjahr hingewiesen, der 2010 in Kraft treten soll. Gemeinsam mit den Trägern und den Einrichtungsleiterinnen wurde ein einheitlicher Termin für den Beginn des Anmeldeverfahrens bestimmt.

Anhand eines Folienvortrages erklärte Herr **Brüggemann** zunächst, aus welchen Einzelpositionen sich der Ansatz 2009 der Buchungsstelle 36.01.01.533900 (sonstige soziale Leistungen) in Höhe von 6.895.000 € zusammensetze (Anlage 1). Die Gruppenplanung für das Jahr 2009/2010 stelle ein vorsichtig formulierter Ansatz dar, wie sich die Situation nach dem Anmeldeverfahren entwickeln könne (Anlage 2).

Herr Brüggemann zeigte auf, wie sich die Verwaltung den Ausbau der unter 3-Jährigen-Betreuung prozentual vorstelle. In verschiedenen Stufen solle bis zum Kindergartenjahr 2010/2011 eine Betreuungsquote von 20,6 % und bis zum Kindergartenjahr 2013/2014 eine Betreuungsquote von 32,7 % erreicht werden (Anlage 3). Mit diesem schrittweisen Ausbau können sowohl die Vorgaben des Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) als auch des Kinderförderungsgesetzes (KiFöG) erreicht werden.

Im Zusammenhang mit dem Ausbau der unter-3-Jährigen-Betreuung stellte Herr Brüggemann den daraus resultierenden zusätzlichen Finanzbedarf dar (Anlage 4).

Ergänzend erklärte Herr Brüggemann, dass der Ausbau der unter-3-Jährigen-Betreuung nach dem tatsächlichen Bedarf eingerichtet werde. Dazu solle eine jährliche Information im Jugendhilfeausschuss stattfinden.

Herr Brüggemann prognostizierte, dass die Gesamtbetriebskosten von derzeit 6,1 Millionen € bis zum Jahr 2013 auf 8,4 Millionen € ansteigen werden.

Im Laufe der nächsten Jahre werde dieser Ausbau zu einer erheblichen Mehrarbeit für die Träger und Einrichtungsleiterinnen werden. Herr Brügge-
mann bedankte sich für die bislang sehr gute Zusammenarbeit.

Herr **Klanke** fragte nach, ob schon Aussagen zu der sogenannten „Novemberabfrage“ des Landes getroffen werden können.

Da die Abfrage noch bis Ende November dauere, können zum heutigen Zeitpunkt keine Aussagen zur Auswertung getroffen werden, antwortete Herr **Brüggemann**.

Herr **Kaminski** hoffte, dass das Land und die Kommune auch weiterhin die finanziellen Lasten schultern können. Die Erfahrung der letzten Jahre zeige, dass in den Kindertageseinrichtungen eine gute Betreuungspolitik stattgefunden habe.

Zu TOP 2.
105/2008

Gemeinsame Richtlinien der Jugendämter des Kreises Unna für Leistungen gem. §§ 22 und 23 SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz)

Herr **Peske** berichtete, dass die Inhalte der gemeinsamen Richtlinien des Kreises Unna bisher schon Bestandteil der Richtlinien über Leistungen der wirtschaftlichen Jugendhilfe im Bereich der erzieherischen Hilfe waren. Diese Richtlinien sollen in der Form zukünftig für alle Jugendämter des Kreises gelten. Herr Peske schlug vor, bei Punkt 2.1.1 Aufwendungsersatz den letzten Satz des ersten Absatzes („Diese Summe teilt sich in 1/3 Förderleistung und 2/3 Sachaufwand auf.“) zu streichen, da das Finanzamt zum 01.01.2009 eigene Pauschalbeträge festmachen werde, die die Aufteilung der vom Jugendamt gezahlten Summe überflüssig mache.

Mit dieser Änderung waren alle Ausschussmitglieder einverstanden.

Auf Nachfrage von Herrn **Theis** erklärte Herr **Peske**, dass die durchschnittliche monatliche Betreuungszeit, soweit möglich, bei Beginn der Leistung festgelegt und monatlich ausgezahlt werde. Nur bei wesentlichen Abweichungen werde der auszahlende Betrag korrigiert.

Herr **Klanke** teilte mit, dass die SPD-Fraktion eine kreiseinheitliche Regelung sowie die Sozialversicherungspflicht begrüße. Der Stundensatz müsse erhöht werden, damit das Interesse, sich als Tagesmutter zu bewerben, auch attraktiv bleibe.

Frau **Möller** lobte die gute interkommunale Zusammenarbeit im Kreis Unna. Durch gemeinsame Richtlinien entstehe keine Konkurrenzsituation. Es sei zwingend erforderlich, den Stundensatz zu erhöhen, um die gut ausgebildeten Kräfte zu halten.

Herr **Kaminski** merkte an, dass eine Sozialversicherungspflicht erst dann sinnvoll sei, wenn allein aus diesen Einnahmen der Lebensunterhalt bestritten werden könne. Des Weiteren stelle diese Regelung einen immens hohen Bürokratieaufwand dar.

Der Bürokratieaufwand sei nicht so hoch, widersprach Frau **Möller**. Sie gab den Hinweis, dass es wichtig sei, dass interessierte Eltern Tagesmütter und -väter über das örtliche Jugendamt suchen, da man damit der Möglichkeit an ein sogenanntes „schwarzes Schaf“ zu kommen, aus dem Weg gehen könne.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die, vorbehaltlich durch den Rat der Stadt Kamen bereitgestellten Mittel, Gemeinsamen Richtlinien der Jugendämter des Kreises Unna für Leistungen gem. §§ 22 und 23 SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) in der von der Verwaltung vorgelegten Fassung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 3.

Produkthaushalt für das Jahr 2009

Produkte: 31.03.03
36.01.01
36.02.01
36.03.01

Es wurde einheitlich bestimmt, über alle Produkte zusammen abzustimmen.

Grundlage für die Erstellung des Produkthaushaltes des Fachbereiches waren die aktuellen Fallzahlen Ende Sommer diesen Jahres. In den Entwurf des Haushaltes wurden die vom Fachbereich angemeldeten Zahlen ohne Kürzungen übernommen, berichtete Herr **Peske**.

Im Bereich der offenen Jugendarbeit werden die Ausgaben konstant bleiben, allerdings werde mit Einnahmeverlusten von rd. 10.000 € im Bereich der Teilnehmerentgelte gerechnet, so Herr **Dunker**.

Ergänzend berichtete Herr **Brüggemann**, dass das Jugendamt in dem Produkthaushalt „Hilfen für junge Menschen und ihre Familien“ rd. 300.000 € mehr verausgaben werde, als zu Beginn des Jahres geplant.

Zu TOP 4.

Entwicklung im Bereich der Fremdunterbringungen

Herr **Brüggemann** berichtete, dass insgesamt für die Heim- und Familienpflege rd. 3.350.000 € (veranschlagt 3.035.000 €) verausgabt werden; nachdem im Jahr 2007 2.850.000 € zu finanzieren waren. Für das nächste Jahr gehe das Jugendamt in seiner Planung von 3.650.000 € aus – für die weiteren Jahre werde ein Rückgang der Kosten der Fremdunterbringung auf 3.100.000 € erwartet.

Zwar werden die Kosten der Unterbringung in der Familie auf 1,6 Mio. € steigen, indessen sollen die Kosten der Unterbringung in den Heimen auf 1,5 Mio. € sinken. Trotz der enormen Haushaltsvolumina schreibe Kamen im statistischen Vergleich der Heimpflegeunterbringung noch immer positive Zahlen; mit 38 untergebrachten Kindern und Jugendlichen seien das 4,9 Fälle auf 1.000 unter 18-jährige. Die weiteren Zahlen in den Nachbargemeinden reichen von 5,2 über 6,3 bis 8,2 Fälle, jeweils bezogen auf 1.000 Jugendliche unter 18 Jahren.

Gleichwohl – ein Vergleich lasse sich mit Blick auf diese statistischen Zahlen nicht herstellen. Zu unterschiedlich seien die Stadtspezifika auch in dieser Region. Die Arbeit des Jugendamtes sei gut, gibt sich Herr Brügge-
mann überzeugt. Dennoch will er eine aufgabenkritische und personal-
wirtschaftliche Strukturanalyse organisieren. Mit einem externen Unter-
nehmen, der Gemeindeprüfungsanstalt, solle im nächsten Jahr eine
derartige Analyse unter Mitwirkung des Personals und des Personalrates
und selbstverständlich auch des Jugendhilfeausschusses erfolgen. Einen
entsprechenden Zwischenbericht werde der Jugendhilfeausschuss
erhalten.

Zu TOP 5.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

5.1 Mitteilungen der Verwaltung

5.1.1 Herr **Dunker** gab bekannt, dass parallel zum Jugendhilfeaus-
schuss die Sozialraumkonferenz in Kamen-Heeren stattfinden
werde.

5.1.2 Herr **Peske** berichtete, dass das Amtsgericht Kamen die Wahl der
Jugendschöffen für die Amtsperiode 2009 – 2013 vorgenommen
hat.

Als Jugendschöffen für die Jugendkammer des Landgerichts
Dortmund wurde Jochen Müller gewählt. Und als Jugendschöffen
für das Jugendschöffengericht beim Amtsgericht Unna wurden
Daniel Heidler, Ulrich Marc, Jürgen Jauer , Roswitha Koppe und
Sandra Wieseahn geb. Schertel gewählt.

5.2 Anfragen

Frau **Möller** fragte an, wie weit die Erstellung des Familienführers
in der Stadt Kamen sei und was die Verwaltung von dem Eltern-
begleitbuch des Landes halte.

Geplant sei, gemeinsam mit dem Mütterzentrum einen Familien-
führer zu erstellen. Man befinde sich in den letzten Abstimmungs-
gesprächen, so Herr **Brüggemann**. Sofern die Verwaltung und das
Mütterzentrum sich auf ein gemeinsames Konzept einigen könne,
solle der Familienführer im Frühjahr 2009 fertig gestellt werden.
Dieser werde Frau Tech vom Familienservice zur Verfügung
gestellt.

Das Elternbegleitbuch des Landes sei der Verwaltung nicht
bekannt.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

Anfragen ergaben sich nicht.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

- entfällt -

gez. Dyduch
Vorsitzende

gez. Peske
Schriftführer

Anlagen

Entwicklung der Betriebskosten
Gruppenplanung (2009 - 2010)
Ausbau der u3-Betreuung nach TAG / KiBiz
Zusätzlicher Finanzbedarf
Geänderte Richtlinien